

Ran an die Fleischöpfe

Warum nur verwickeln sich Exponenten der neuen sozialdemokratischen Parteien so gern in Finanzskandale? Und warum gilt Steuerhinterziehung noch immer als Kavaliersdelikt?

Von Stefan Howald

Wochenlang drohten Zeitungsberichte über dubiose finanzielle Machenschaften ihres Ehemannes David Mills der britischen Kulturministerin Tessa Jowell zu schaden. Jetzt hat sie sich nach 27-jähriger Ehe von ihrem Gatten getrennt. Sie fühle sich von ihm hintergangen, hat sie erklärt, weil er ihr nicht die ganze Wahrheit über ein millionenschweres Geschenk aus Italien und die Rückzahlung einer Hypothek auf das eigene Haus gesagt habe.

Bemerkenswert, dass sich die Ministerin erst jetzt hintergangen fühlt. Denn als Anwalt hat sich David Mills seit 20 Jahren auf Finanzberatung spezialisiert, die der «Steuerminimierung» dient. Umgangssprachlich ist dies auch als Steuerhinterziehung bekannt. Unter anderem machte Mills das für den reichsten Mann Italiens und Noch-Ministerpräsidenten Silvio Berlusconi. Für dessen Finanzvehikel Fininvest entwarf er einen «Archipelag» mit 64 Briefkastenfirmen in verschiedenen Steueroasen. Mills hat als Berater ein paar Reiche noch reicher gemacht, aber auch selber ein beträchtliches Vermögen erworben.

Zum Problem wurde das erst, als er wegen möglicher Falschaussage und Bestechung ins Gerede geriet. 2004 von den italienischen Behörden verhört, gab er zu, 344'000 Pfund von Berlusconi erhalten zu haben, weil er in einer früheren Zeugenaussage den Ministerpräsidenten geschützt habe. Ein halbes Jahr später widerrief er die Aussage und behauptete, das Geld von einem andern italienischen Magnaten erhalten zu haben, der wegen finanzieller Unregelmässigkeiten schon im Gefängnis gesessen ist. Wie in solchen Kreisen geschäftet wird, zeigt die Aussage eines Finanzberaters von Mills, dieser habe zur fraglichen Zeit ein grösseres Guthaben «von einem Gentleman namens Diego» erhalten, wobei alle die Transaktionen über Konten in den Bahamas, in der Schweiz, in Monaco und andern einschlägigen Finanzplätzen liefen.

Für Tessa Jowell, 1992 Parlamentsabgeordnete geworden und 1997 in die neue Labour-Regierung unter Tony Blair berufen, scheint das nie ein Thema besorgter ehedraulicher Nachfragen gewesen zu sein. Verständlich, Mills machte ja nur, was New Labour als eine der neuen Politiken verkündete: Tüchtigen Geschäftsleuten möglichst viele Steine aus dem Weg zu räumen.

Die neoliberale Revolution hat es seit 1979 geschafft, Steuern zum schmutzigen Wort der Politik zu erklären. Steuersenkungen gelten als Erfolgsrezept schlechthin, insbesondere Steuervergünstigungen für Reiche und die Wirtschaft. Einige ehemalige sozialdemokratische Oppositionsparteien haben das Credo übernommen. Was zu Beginn wie ein taktischer Entscheid aussehen konnte, ist zum Grundsatz geworden. Galt vorerst die Devise, nichts zu tun, was die Wirtschaft verärgern könnte, so wurde daraus ein Kniefall vor der Wirtschaft und ihren Führern.

New Labour hat das klassisch vorexerziert. Formel-1-Boss Bernie Ecclestone gab der Labour Party eine Million Pfund und verlangte dafür ein persönliches Gespräch mit Tony Blair; wenig später wurde das geplante Verbot von Tabakwerbung bei Formel-1-Rennen ausgesetzt. In Italien setzte sich der britische Premierminister für den australisch-amerikanischen Medienmagnat Rupert Murdoch ein, dessen Unternehmen das britische Steuersystem auf den Cayman Islands umgehen; in Rumänien unterstützte er den Übernahmever such des indischen Stahlmagnaten Laksaj Mittal, dessen Konzern auf den holländischen Antillen Steuern minimiert und dessen persönliches Einkommen trotz Wohnsitz in London nicht in England versteuert wird; dank einer Ausnahmeregelung, die die Schweizer Pauschalbesteuerung reicher Individuen als rigide aussehen lässt. Bevor Labour an die Macht kam, war dieser Steuerhinterziehungsmechanismus als «schamlos» attackiert worden; nach der Machtübernahme wurde er still und leise ausgeweitet.

Bezeichnenderweise hat die Blair-Regierung etliche Minister nicht wegen politischer Misserfolge verloren, sondern weil sie sich zu stark mit Unternehmern verbandelten. Peter Mandelson, der heute der EU die Segnungen des Freihandels einzubläuen versucht, musste gar zweimal zurücktreten: Einmal wegen eines Hypothekarkredits, der ihm zinsgünstig zur Verfügung gestellt worden war und den er nicht wie vorgeschrieben deklariert hatte, beim zweiten Mal wegen der versuchten Bevorzugung zweier indischer Unternehmer, die in Indien in Korruptionsaffären verwickelt waren.

Für all dies gibt es ein Modell. Bettino Craxi modernisierte in den 1980er Jahren die italienische sozialistische Partei, warf alten ideologischen Gerümpel über Bord, deklarierte sich als liberal und unternehmerfreundlich. So regierte er zwischen 1983 und 1987 als erster sozialistischer Ministerpräsident in Italien, nur, um schon bald seine Gefährten und dann sich selbst im Korruptionssumpf zu verlieren. Unter Anklage gestellt, flüchtete er nach Tunesien, wo er im selbst gewählten Exil verstarb.

Tony Blair hat eine ähnliche Transformation seiner Partei zum dritten Weg erklärt. Die Faszination mit den Superreichen dieser Welt liess ihn eine dubiose Italien-Connection mit Silvio Berlusconi eingehen. Bei dem weilte er samt Familie in den Ferien und erhielt in den letzten Jahren eine ganze Kollektion an geschenkten Uhren und Schmuck für Ehefrau Cherie Blair. Beide finden offenbar nichts dabei, sich mit einem Mann zu verbinden, der seit bald dreissig Jahren allen Steuerbehörden und Gerichten eine lange Nase dreht und der von italienischen Ermittlern zusammen mit David Mills erneut angeklagt werden soll.

Andere wollen jetzt auch an die Fleischtöpfe. Gerhard Schröder hatte sich als deutscher Bundeskanzler verbal mehrfach gegen den ruinösen weltweiten Steuerwettbewerb ausgesprochen; kaum zurückgetreten, hat er sich mit der Betreibergesellschaft für die Ostsee-Gaspipeline verbunden, deren Hauptsitz im Steuerparadies Zug liegt. Sowohl bei diesem Unternehmen wie auch einer zweiten, vom russischen Gaskonzern Gasprom kontrollierten Firma mit Sitz in Zug sind Figuren mit Stasi- und Mafia-Vergangenheit aktiv. Seit neustem wirbt Schröder zudem für einen nicht über jeden Zweifel erhabenen Hedge Fund.

Das Tax Justice Network schätzt, dass gegenwärtig 11,5 Billionen US-Dollar weltweit offshore angelegt sind und sich damit weitgehend einer Besteuerung entziehen. Ein Drittel des Bruttoinlandprodukts Afrikas südlich der Sahara ist offshore platziert. Tony Blair brüstet sich gelegentlich, mit seiner «Commission for Africa» die Lebensbedingungen für den Kontinent zu verbessern. Deren Vorschläge zu einer partiellen Schuldenstreichung sind begrüssenswert. Sie würden bei weitem übertroffen, wenn Blair gegen Steuerflucht und Steuerhinterziehung vorgehen würde, durch die gerade auch die Länder des Südens ausgeblutet werden.

Stefan Howald arbeitet bei der Aktion Finanzplatz Schweiz-Dritte Welt in Basel, die sich für die weltweite Bekämpfung der Steuerhinterziehung einsetzt. www.aktionfinanzplatz.ch